

Rede vom 27. November 2003, Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2003 bis 2007

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kühn-Mengel und auch Frau Bender haben in ihrer Rede – ich bin sicher, wir werden das gleich auch in der Rede von Herrn Kurth erleben – nichts über den Haushalt gesagt.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie uns die Zahlen vor?)

Über den Haushalt zu reden muss ganz schrecklich für Sie sein, deshalb suchen Sie sich lieber etwas anderes, das Sie angreifen können. Als Haushälter sage ich Ihnen: Sie müssen sich mit dem Ist auseinandersetzen; denn nur auf dieser Grundlage können Sie etwas Besseres für die Zukunft schaffen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine kleine Anmerkung zu Ihnen, Herr Luther. Es ist sicherlich gut, dass Sie mit Ihrer Frau über den Haushalt reden. Da Sie wie ich Vater dreier Kinder sind, sollten Sie auch einmal mit Ihren Kindern darüber reden. Der Kern des Problems, mit dem wir uns beschäftigen müssen, ist doch, dass wir die Zukunft unserer Kinder heute und insbesondere in diesem Haushalt verfrühstücken.

(Beifall bei der FDP)

Als Haushälter möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir sachliche Beratungen durchgeführt haben. Wir haben uns mit vielen Aspekten detailliert beschäftigt.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hajduk?

Otto Fricke (FDP):

Selbstverständlich, besonders gern von der Kollegin Hajduk.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Dann haben Sie es hinter sich!)

– Wir arbeiten kollegial zusammen, Herr Kollege, das heißt aber nicht, dass wir in der Sache gleicher Meinung sein müssen.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Fricke, Sie haben darauf angespielt, dass die Kollegen meiner Fraktion nicht über den Haushalt des Gesundheitsministeriums reden wollten. Ich möchte Sie daher fragen: Ist Ihnen eigentlich klar, dass die Diskussion über die Rente in einem engen Zusammenhang mit dem Haushalt des Gesundheitsministeriums – der Bund hat die Garantiefunktion inne – und im weiteren Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt steht und die Beiträge der Kolleginnen Waltraud Lehn und Birgitt Bender daher sogar den Kern der Problematik in der Haushaltspolitik und Rentenversicherung herausarbeiten? Ist Ihnen dieser Zusammenhang bekannt?

(Lachen bei der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):

Liebe Kollegin Hajduk, Sie werden überrascht sein, aber mir ist der Zusammenhang durchaus bekannt. Das wissen Sie auch aus den Berichterstattergesprächen. Damit ich nicht missverstanden werde, möchte ich hier sagen, dass die Kollegin Lehn überhaupt nicht gemeint war; denn ihre Rede

bezog sich klar auf den Haushalt. Die Kollegin Bender hat sich allerdings nur mit der CDU/CSU, in erster Linie mit Herrn Seehofer, der in einer hinteren Reihe ganz ruhig und entspannt sitzt, aber konzentriert zuhört, auseinander gesetzt.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP ist eben nicht so wichtig!
Das tut mir Leid!)

Sie wissen, dass ich es nicht schätze, über Inhalte der Berichterstattergespräche in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Aber von Frau Bender wurde über Detailfragen – um wie viele Milliarden geht es? – überhaupt nicht geredet.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dass Sie die Bundesgarantie erstmals ziehen müssen,
ist der Skandal!)

Die Schwankungsreserve wurde nicht angesprochen. Auch über die Frage, welche Rentengesetze beschlossen wurden, die noch nicht in Kraft gesetzt worden sind, aber dennoch Einfluss auf den Haushalt haben werden, wurde von ihr nicht geredet. Das war mein Ansatz. Im Übrigen gebe ich Ihnen Recht: Es besteht ein Zusammenhang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben beim **Bundessozialgericht** etwas erreicht. In diesem Zusammenhang möchte ich meine Mitberichterstatter loben. Wir haben es geschafft, die Ausgabe eines hohen Millionenbetrages um ein Jahr zu verschieben, weil wir gesagt haben, wir warten ab, wie die Renovierung des Bundessozialgerichts läuft. Das ist ein kleiner Punkt, den ich aber ansprechen wollte. Denn wenn man auf der einen Seite Kritik übt, muss man auf der anderen Seite auch die Dinge loben, die in Ordnung sind.

Der Bericht des Bundesrechnungshofes zum **Robert-Koch-Institut** ist nicht in Ordnung, Frau Ministerin. Wir befinden uns ja schon in der Karnevalszeit und daher kann ich sagen: Es ist bemerkenswert, wenn Geld für das Büro eines Vizepräsidenten, den es noch gar nicht gibt, ausgegeben wird. Das ist schon ein Treppenwitz.

Der Einzelplan 15 hat das größte Budget. Im Jahr 2004 wird das zu einem großen Risiko werden.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist wahr!)

Eines kann ich Ihnen garantieren, Frau Ministerin: In diesem Jahr war der Haushalt des Wirtschaftsministers das größte Risiko. Er hat für einen Nachtragshaushalt gesorgt. Im kommenden Jahr werden Sie es sein. Ich will damit nicht unterstellen, dass Sie das wollen

(Widerspruch der Bundesministerin Ulla Schmidt)

– nein, dann würden Sie mich missverstehen –, aber es wird genau darauf hinauslaufen.

Ich begründe das gerne. Wir haben gesehen, wie Sie hinsichtlich der globalen Minderausgabe vorgegangen sind, und wir haben in den Berichterstattergesprächen erlebt, liebe Kollegin Hajduk, dass uns die Ministerin und die Staatssekretärin auf unsere Bitte um konkrete Angaben zu der Frage, wie die 1 Milliarde Euro eingespart werden soll, eine entsprechende Auskunft zugesagt haben. Am Montag darauf war das aber alles perdu. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Einsparvorschläge nicht vorgelegt werden müssen, sondern dass der Finanzstaatssekretär Diller fleißig nach anderen Einsparmöglichkeiten im Haushalt suchen muss.

Ich will nicht alles aufzählen. Das wäre eine Wiederholung und damit höchst kritisch einzuschätzen. Ich möchte aber einen Punkt ansprechen und die Kollegen von der CDU/CSU bitten, über die Frage nachzudenken, wie wir **Kinderlose** davon überzeugen können, diejenigen zu unterstützen, die

Kinder haben. Es kann doch nicht sein, liebe Kollegen von der CDU/CSU, dass durch eine falsche Prononcierung bei Kinderlosen das Gefühl entsteht, sie seien die Melkkühe der Nation. Wir müssen diese Leute bei den Reformen mitnehmen. Das ist meiner Ansicht nach nicht möglich, wenn Kinderlose höhere Beiträge zahlen müssen. Ich glaube, wir alle – das gilt für das ganze Haus – müssen vielmehr verstärkt darauf achten, die Leute mitzunehmen und zu zeigen, dass wir bereit sind, andere zu unterstützen, die im Sinne der Solidarität – wie es die SPD so schätzt – etwas für unsere Altersvorsorge tun.

Ich komme nun zur Rentenreform. Frau Ministerin, ob 1,5, 1,3 oder 1,2 Prozentpunkte – ich bin sehr gespannt darauf, auf welchen Prozentsatz die Beiträge schließlich hinauslaufen werden und zu welchem Zeitpunkt die Frage geklärt wird, wann und in welcher Form die Renten angepasst werden.

Jetzt zu der Aussage, dass die Absenkung der **Schwankungsreserve** nicht so schlimm sei, Frau Lehn. Herr Diller wird zwar auch dafür eine Lösung finden – das ist auch im Nachtragshaushalt möglich –, aber einem Rentner kommt es nicht nur darauf an, ob er am Monatsanfang oder -ende sein Geld bekommt. Wir sollten vielmehr vermeiden, immer wieder den Eindruck zu erwecken, dass wir uns ständig mit der Frage befassen, woher wir dieses Geld eigentlich nehmen sollen.

(Waltraud Lehn [SPD]: Aber dann reden Sie es ihnen doch nicht ein!)

– Das tun wir auch nicht. Die Meldung lautet doch nicht: Die FDP und die CDU/CSU reden dem Bürger etwas ein.

(Waltraud Lehn [SPD]: Doch! Genau darum geht's!)

Die deutschen Journalisten – insofern habe ich ein starkes Vertrauen zu ihnen – werden vielmehr feststellen: Während früher das Geld aus der Schwankungsreserve zur Verfügung stand, muss der Staat jetzt schon so weit gehen, seine stillen Reserven zu verbrauchen.

Für uns als Haushälter mag es dabei zunächst einmal nur um die Verrechnung von Posten gehen. Aber dem Rentner draußen im Lande macht dieser Zustand Angst. Das ist eine schlechte Voraussetzung, wenn wir ihn bei anderen Reformvorhaben mitnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für mich zeigt sich bei der Rente, dass hier sozusagen mit Verschiebebahnhöfen gearbeitet wird: Mal ist es der Südbahnhof, mal der Nordbahnhof, mal der Ostbahnhof. Was aber fehlt, Frau Ministerin, ist,

(Ulla Schmidt, Bundesministerin: Der Westbahnhof! – Heiterkeit)

dass Sie endlich einmal den Hauptbahnhof erreichen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was das Thema Prävention angeht, bin ich gespannt, wie Sie Ihre Vorhaben finanzieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ein weiteres Risiko in Ihrem Haushalt ergibt sich aus dem AAÜG hinsichtlich der **Sonderrenten Ost**. Frau Lehn, Sie haben es zu Recht immer wieder im Haushaltsausschuss angesprochen: Die Sonderrenten Ost stellen ein riesiges Problem dar. Ich möchte davor warnen, dass die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss das AAÜG und die Zahlungen der Länder sozusagen als Köder benutzt, damit der Fisch zuschnappt, indem sich die neuen Länder bereit erklären mitzumachen, weil sie sich davon Entlastungen versprechen. Es geht

auf keinen Fall an, dass es in diesem Bereich zu weiteren Zahlungen kommt. Bereits jetzt drohen Zahlungen, die durch die Gerichte veranlasst werden.

Ich komme zum letzten Punkt: Gesundheitsreform und **Tabaksteuer**.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege!

Otto Fricke (FDP):

Ich komme zum Schluss. – Dass es nicht sehr konsequent ist, sich auf der einen Seite an der Gesundheitsreform beteiligen zu wollen und auf der anderen Seite die Tabaksteuerreform zu blockieren, ist eines. Aber schlimm ist, dass die Umsetzung der Tabaksteuer nicht so funktioniert wie vorgesehen. Das hat der Kollege Diller inzwischen auch bestätigt. Darin liegt ein weiteres hohes Risiko.

Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Nein, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen. Ich war schon bei Ihrem Kollegen sehr großzügig. Es nützt nichts, immer wieder mit der Präsidentin zu verhandeln.

(Heiterkeit)

Otto Fricke (FDP):

Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz zur Gesundheitsreform und zur Tabaksteuer und zwar ein abgewandeltes Zitat von Wilhelm Busch:

Zwei Wochen war der Bürger krank. Jetzt raucht er wieder, Gott sei Dank.

(Beifall bei der FDP)